

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 49 (2022)
Heft: 3

Artikel: Die Schweiz muss gerade ihre Neutralität neu erfinden
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz muss gerade ihre Neutralität neu erfinden

Der Bundesrat stellte sich nach anfänglichem Zögern entschlossen hinter alle EU-Sanktionen gegen Russland. Dies hat eine politische Debatte zur Neutralität der Schweiz entfacht.

THEODORA PETER

Der Angriff Russlands auf ein unabhängiges europäisches Land sei «völkerrechtlich, politisch und moralisch» nicht hinzunehmen, erklärte Bundespräsident Ignazio Cassis vier Tage nach Kriegsausbruch Ende Februar vor den Medien. «Einem Aggressor in die Hände zu spielen, ist nicht neutral.» Mit diesen Worten begründete er, weshalb sich die Schweiz ohne Abstriche den harten Wirtschafts-sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland anschloss. Das waren neue Töne: Bisläng hatte sich der Bundesrat darauf beschränkt, lediglich die Umgehung von Massnahmen durch Russland zu verhindern. 2014, nach der Annexion der Krim, hatte es die Schweizer Regierung mit Verweis auf die Neutralität noch abgelehnt, EU-Sanktionen direkt anzuwenden.

Diese Kehrtwende aus Bern liess weltweit aufhorchen. Die «New York Times» titelte gar, die Schweiz gebe ihre Tradition der Neutralität auf. Das sei keineswegs der Fall, versichert das eidgenössische Aussendepartement EDA auf seiner Webseite: Weil die Schweiz keine Kriegspartei militärisch begünstige, befolge sie «die Neutralität im engeren Sinne» nach wie vor. Gemeint ist damit das sogenannte Neutralitätsrecht: Gemäss dem Haager Abkommen von 1907 verpflichten sich neutrale Staaten dazu, nicht an Kriegen teilzunehmen. Auch sollten bei Waffenlieferungen alle Kriegsparteien gleich behandelt werden.

«Mythos» versus Realpolitik

In der Ausgestaltung ihrer Neutralitätspolitik ist die Schweiz hingegen nicht an internationale Abkommen gebunden. Die Bundesverfassung hält dazu einzig fest, dass Bundesrat und Parlament «Massnahmen zur Wahrung der Neutralität der Schweiz» treffen. Wie diese konkret aussehen, hängt im Einzelfall von der politischen Beurteilung der Lage ab. Gemäss dem Historiker Hans-Ulrich Jost war die Neutralität der Schweiz «schon immer dehn- und knetbar wie ein Kaugummi», wie er in einem Interview mit der «SonntagsZeitung» sagte.

Jost verwies als Beispiel auf den Zweiten Weltkrieg, als sich die Schweiz «praktisch in die deutsche Kriegswirtschaft integrierte». Damals gab man Deutschland sogar Kredite, um Munition und Waffen in der Schweiz zu kaufen. Weil die Eidgenossenschaft wirtschaftlich und finanziell stark mit dem Ausland verbunden ist, sei der «Mythos» der Neutralität mit der realen Politik oft nicht



Russlands Angriff auf die Ukraine trieb Zehntausende auf die Schweizer Strassen. Und Tausende blau-gelber Flaggen flattern seither als Zeichen der Solidarität von Schweizer Balkonen. Foto Keystone

kompatibel. Insofern gebe es keine «ideale Neutralität», gibt der Historiker zu bedenken.

SVP plant Initiative

Die Vereinbarkeit der helvetischen Neutralität mit der Realpolitik steht auch beim Ukraine-Krieg zur Debatte. Die SVP kritisiert, mit der Übernahme der Wirtschafts-sanktionen gegen Russland habe sich die Schweiz zur «Kriegspartei» gemacht. Die rechtskonservative Partei plant deshalb eine Volksinitiative, mit der eine «integrale Neutralität» in der Bundesverfassung verankert werden soll. Die anderen Parteien hingegen sehen angesichts des «Angriffs auf westliche Werte» das Ende der traditionellen Neutralität nahen. Bürgerliche Politiker von Mitte und FDP wollen gar Waffenlieferungen an befreundete Staaten erlauben. Selbst eine Annäherung an das Verteidigungsbündnis NATO scheint für einige kein Tabu mehr. Mit anderen Worten: Die Schweiz ist gerade dabei, ihre Neutralität neu zu erfinden.